

Adressenbuch

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug · Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto · Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend · Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin-SW61, Dreibundstr. 5

67. Jahrgang

Berlin, den 23. Oktober 1929

Nummer 85

Schutz der Gewerkschaftseinheit!

Nur verhältnismäßig selten und nur in Berücksichtigung dringender Notwendigkeiten beschäftigen wir uns mit der sogenannten revolutionären Gewerkschaftsopposition der Kommunisten. Diese Zurückhaltung ist begründet in der Gewißheit, daß die Buchdrucker in ihrer übergroßen Mehrheit die Letzten sein werden, die sich das Recht des eignen Nachdenkens und der selbständigen Beurteilung wirtschaftspolitischer Fragen von irgendeiner Seite nehmen lassen. Dazu kommt ferner noch, daß die Buchdrucker besser als irgendein anderer Berufsstand die kommunistische Theorie und Praxis an der Quelle, d. h. in den Parteibetrieben, beurteilen können. Wenn wir jetzt aus der von uns bisher geübten Reserve notgedrungen heraustreten, so geschieht dies in der Erkenntnis, daß stillschweigende Duldsamkeit gegenüber den Auswirkungen der aus Moskau stammenden neuen Parolen und Befehlen unverantwortlich sein würde. Nachdem die für Deutschland bestimmten Richtlinien der kommunistischen Internationale für die Arbeit der revolutionären Opposition bei Lohnkämpfen, Betriebsrätewahlen und für andre Gelegenheiten von der KPD. pflichtschuldigst anerkannt worden waren, konnte kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die KPD. die Zeit einer aktiven Spaltung für gekommen erachtet. Seine Richtlinien verfolgen ja keinen andern Zweck, als durch ihre Anwendung Ausschüsse fanatisierter Kommunisten aus den Gewerkschaften zu provozieren, um dann mit Hilfe der Ausgeschlossenen größere Gruppen ihrer Parteigänger von den Gewerkschaften losreißen zu können. Schon bestehen bei den Bergarbeitern, bei den Kohrlegern und Drehern, bei den Textilarbeitern und Bekleidungsarbeitern sowie auch im Baugewerbe derartige gewerkschaftliche Splittierungsorganisationen, aber ihre Gefolgschaft ist viel zu gering, um ernst genommen zu werden. In jüngster Zeit ist es wieder einmal durch die von der KPD. verfolgte, auf die Spaltung der Gewerkschaften abzielende Taktik jedem Einsichtigen deutlich zu Gemüte geführt worden, daß für das Niederreißen die Sprengarbeit, die dümmste brutale Gewalt genügt. In den von dem westfremden Losowitsch ausgebrüteten Richtlinien heißt es u. a.: „Die alltägliche Arbeit der Gewerkschaftsopposition in einer beliebigen Industrie hat zur Aufgabe, die Arbeiten zu den bevorstehenden Zusammenkünften vorzubereiten.“ Was in den Richtlinien bezweckt werden soll, das hat Losowitsch Ende vorigen Jahres in der Sitzung der Profintern eingestanden, wenn er sagte: „Inwieweit unsere Anweisungen bedeuten Spaltung. Wir befinden uns in einer Sackgasse, aus der wir nur durch die Spaltung der reformistischen Verbände herauskommen.“ Also nur um der KPD. das Herauskommen aus der Sackgasse zu ermöglichen, haben die kommunistischen Parteigänger befähigungsgemäß die Gewerkschaften zu spalten. Je größer das Elend, um so ausfallsreicher blüht der Weizen der KPD. Deshalb müssen die Gewerkschaften, deren Existenz und Wirksamkeit ein stetes Ringen gegen die Verelendung der Arbeitermassen ist, um jeden Preis gespalten und damit geschwächt werden. Die verschiedenen wilden Streiks, insbesondere der so unglücklich verlaufene Streik im Berliner Kohrlegergewerbe, sind Musterbeispiele der Taktik kommunistischer Gewerkschaftsanalphabeten. Zu hinterhältig, um immer zu sagen, was sie eigentlich wollen, betreiben sie ihre gewerkschaftliche Zerstücklungsarbeit nach dem bekannten Rezept mit niedrigster Verhehlung, Lüge und Verleumdung, und zwar ohne jede Rücksichtnahme auf die Opfer solcher Wahnsinnspolitik.

Den untrüglichen Beweis für den auf die Spaltung der Gewerkschaften gerichteten Willen der Kommunisten bildet die Einberufung eines „Reichskongresses der Gewerkschaftsopposition“ zum 30. November und 1. Dezember d. J. nach Berlin. Schon wiederholt wurde in der „Roten Fahne“ in großspuriger Art und Weise auf die ungeheure Bedeutung dieses Kongresses für die organisatorische Zusammenfassung aller oppositionellen Kräfte hingewiesen. Dieser „Gewerkschaftskongress“ werde das aktuelle revolutionäre Programm der deutschen Arbeiterklasse auf die Tagesordnung stellen. „Er wird“ — so hieß es phrasenologisch weiter — „die Linie des proletarischen Angriffs festlegen und ein Ausgangspunkt sein für die festere Zusammenreißung (!) der revolutionären Front, für die Organisation der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe und für die siegreiche Durchführung der Betriebsrätewahlen im Frühjahr 1930...“ Dieser Reichsgewerkschaftskongress ist daher der wichtigste strategische Punkt, auf den die Partei Tag für Tag in den nächsten Wochen und Monaten ihre Hauptkräfte konzentrieren muß. Das bedeutet eine energische und kühne Umstellung der Politik und Organisation der Partei auf die Betriebe, die Aufrollung der Lohn- und Arbeitszeifragen, die tatsächliche Schaffung des revolutionären Betriebsvertrauensmannersystems, den Aufbau des revolutionären Betriebsrätekörpers, weil es ohne die Schaffung dieser Voraussetzungen keine Wahl von Delegierten gibt; die wirklich getragene vom Vertrauen ihrer gesamten Belegschaft nach Berlin fahren.“ Also ließ sich die „Rote Fahne“ vernehmen. „Etwas läßt man sich gefallen, aber nicht zu wenig“, kann man in diesem Falle sagen. Es dürfte nicht alles so kommen, wie man sich in der „Roten Fahne“ träumen läßt, denn bekanntlich haben die Dinge ihre Logik, wenn auch die Menschen sie nicht haben. Durch Gewaltmittel läßt sich kein andres Wirtschaftsleben diktiert, dafür liefert Sowjetrußland selbst tagtäglich überzeugendes Beweismaterial. Auch ein revolutionärer Reichskongress vermag an dieser Tatsache absolut nichts zu ändern. Ein derartiger Kongress bedeutet keinerlei Festigung der Gewerkschaftsfront, sondern lediglich eine Schwächung der organisierten Arbeiterschaft. Aus diesem Grunde erfordert ein solch nutzloses Beginnen entschiedene Bekämpfung. Zumal in einer Zeit, wo das Schicksal der deutschen Arbeiterschaft mehr als je von der Geschlossenheit der Gewerkschaften abhängig ist. Unsere einzige Zukunftshoffnung in dieser furchtbaren schweren Zeit ist und bleibt die einheitliche Gewerkschaftsfront. Die Geschichte lehrt uns mit eiserner Strenge: **W e h r t d e n A n f ä n g e n !**

In wohlerwogener Erkenntnis der verderblichen Folgen der kommunistischen Zerspaltungsaktion für die Gewerkschaften hat auch der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in seiner letzten Sitzung beschlossen, alle Verbandsmitglieder vor der Beteiligung an der Vorbereitung der neuen Zerspaltungsaktion der Kommunisten und vor Annahme eines Mandats zu dem Spaltungskongress dringend zu warnen. Im entgegengelegten Falle haben die Betroffenen die aus § 10 Abs. b des Verbandsstatuts entstehenden Konsequenzen zu tragen. Dies beachtet, Kollegen, und haltet mit aller Kraft die gewerkschaftliche Einheit und Geschlossenheit hoch. Nur fester Zusammenhalt vermag den Weg zum Aufstieg der Arbeiterklasse frei zu machen. Die Gewerkschaften aber bleiben das natürliche Bindeglied, die wertvollste Waffe der Arbeiterschaft. Diese Waffe scharf zu erhalten durch die Abweisung der kommunistischen Zerspaltungsstendenzen ist das Gebot der Stunde!

Die deutschen freien Gewerkschaften im Jahre 1928

Das Jahrbuch 1928 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, das vor kurzem erschienen ist, geht erfreulicherweise weit über das Jahr 1928 hinaus. Die Auseinandersetzungen über das Schlichtungswesen, der Kampf um die Arbeitslosenversicherung und die Entwicklung der Reparationsverhandlungen greifen weit in das Jahr 1929 über und gewähren einen Einblick in die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands, wie er durch keine andern wirtschafts- oder sozialpolitischen Veröffentlichungen geboten wird. Die Entwicklung der Wirtschaft und die damit eng zusammenhängende Frage des Arbeitsmarktes sowie die Gestaltung des ADGB. und die Entwicklung der wirtschaftlichen Unternehmungen der Gewerkschaften werden einer so eingehenden Behandlung unterzogen, daß man das Studium dieses Jahrbuches jedem Arbeiter dringend empfehlen muß.

Die Entwicklung der Wirtschaft wird mit einem Überblick eingeleitet, aus dem klar hervorgeht, daß das Jahr 1928 zwar ungünstiger war als das Vorjahr, daß aber seine wesentliche Bedeutung in einer Spannung und Erwartung lag, die weit weniger durch die wirtschaftliche Lage als durch die Konstellation der politischen Verhältnisse hervorgerufen wurde. Denn die wirtschaftlichen Verhältnisse lagen im Jahre 1928 im allgemeinen nicht ungünstiger als im Jahre zuvor. Dafür spricht ganz besonders die Entwicklung des Außenhandels, an dessen Zunahme Deutschland den stärksten Anteil hatte. Unser Ausfuhrüberschuß hat sich danach um mehr als 1/4 Millionen Mark vermindert, was aber weit weniger auf einem Rückgang der Einfuhr als auf einer Erhöhung der Ausfuhr beruht. Wir erwähnen gerade diese Feststellungen des Berichtes, weil die Unternehmer sich allzuerst auf die Außenhandelsbilanz berufen, wenn es sich darum handelt, Forderungen der Arbeiterschaft unter einem scheinbar stichhaltigen Grunde abzulehnen.

Wenn sich trotzdem die Entwicklung der Tariflöhne in aufsteigender Linie bewegen konnte, so ist das der beste Beweis für den Einfluß, den sich die Gewerkschaften trotz aller Hemmungen zu erringen gewußt haben. Nach der amtlichen Statistik sind die Tariflöhne der gelernten Arbeiter 1928 um 6,4 Proz. (1927 um 7,6 Proz.) und die der ungelerten Arbeiter um 6,9 Proz. (12,1 Proz.) gestiegen. Danach erhöhte sich also, an der Steigerung der Lebenshaltungskosten gemessen, der reale Tariflohn der gelernten Arbeiter im Jahre 1928 um 5,4 Proz. (1927 um 2,7 Proz.) und der der ungelerten Arbeiter um 5,9 Proz. (7,2 Proz.). Und diese Entwicklung ist doppelt hoch zu veranschlagen angesichts der Arbeitslosigkeit im verflochtenen Winter, die ja die Unternehmer zu ihrem gegnseitigen Vorhoff gegen die Arbeitslosenversicherung ermutigte. Und wenn es auch hier gelungen ist, allgemeine Verschlechterungen abzuwehren, so ist auch das ein Beweis dafür, daß die Gewerkschaften trotz der Schärfe, mit der die Unternehmer ihren Kampf führten, und trotz der gelegentlichen Quertreibereien in den eignen Reihen unbedeutend den Weg gehen, der im Interesse der Arbeiterschaft sich bisher als der richtige erwiesen hat.

Das erfreulichste Kapitel in dem Jahrbuch 1928 des ADGB. ist die Entwicklung des Mitgliederstandes. Obwohl das Jahr 1928 eine stärkere Arbeitslosigkeit aufwies als die Jahre zuvor, konnten doch die dem ADGB. angeschlossenen Gewerkschaften das Berichtsjahr mit einer erfreulichen Mitgliederzunahme abschließen. Die Mitgliederzahl stieg von 4 415 673 Ende 1927 auf 4 809 926 Ende 1928. Danach haben die Gewerkschaften im Jahre 1928 451 253 Mitglieder, also nahezu eine halbe Million Mitglieder gewonnen. Auch in dieser Zunahme der Mitgliederzahl drückt sich am besten das Vertrauen aus, das sich die Gewerkschaften bei den breiten Massen der Erwerbsschäftigen erworben haben. Und dazu haben in nicht geringerem Maße die Unternehmer beigetragen, die durch ihren Kampf gegen die Arbeitslosenversicherung den Gewerkschaften die beste Gelegenheit geboten haben, der Arbeiterschaft die Augen darüber zu öffnen, was ihr drohen würde, wenn nicht die Gewerkschaften hinter ihr und besonders hinter den Arbeitslosen stehen würden. Denn der Kampf um die Arbeitslosenversicherung war ein Kampf gegen den gesicherten Bestand der Löhne auch in Krisenzeiten. Darauf aber muß

es der modernen Gewerkschaftsbewegung gerade ankommen, die einmal errungenen Löhne auch in Krisenzeiten gesichert zu wissen, um dem ewigen Auf und Nieder in der Lohnfrage einen Wall entgegenzusetzen, der nicht von jedem Krisensturm durchbrochen werden kann.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes wurde in ihrer ganzen Bedeutung erst an dem unglücklichen Umschwung der Konjunktur erkannt, die durch die brutale Drofflung der Auslandskredite noch wesentlich verschärft worden war. Der Zustand 'neuer Arbeitskräfte, die Verdrängung der menschlichen Arbeitskraft aus der Produktion und die unzureichende Erweiterung der Produktionsbasis, die zusammen die Entwicklung der deutschen Wirtschaft bestimmen, wurden durch die konjunkturellen Schwankungen der Intensität des wirtschaftlichen Lebens überdeckt. Der tiefste Stand der Arbeitslosigkeit wurde bereits Ende Juni mit 6,2 Proz. (1927 im Oktober mit 4,5 Proz.) für sämtliche Verbände erreicht. Diese Berechnung wurde auch durch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge bestätigt. Während in sämtlichen Verbänden im Oktober 1927 329 000 Unterstützungsempfänger gezählt wurden, wurden deren im Juni 1928 bereits 622 000 gezählt. Hinzu kam, daß die Kurzarbeit während des ganzen Jahres 1928 ununterbrochen zunahm. Die katastrophale Entwicklung des Arbeitsmarktes wird daher auch weber auf Saisonereinflüsse noch auf das Abgleiten der Konjunktur zurückgeführt, sondern als die Folge einer irregulären Störung des gesamten wirtschaftlichen Lebens Deutschlands bezeichnet. Der Durchschnitt der Arbeitslosigkeit betrug 8,6 Proz. An der Spitze der Arbeitslosigkeit standen die Dachdecker mit 27,9 Proz.; die geringste Arbeitslosigkeit hatten die Gemeinde- und Staatsarbeiter mit 1,7 Proz. Zu den unter dem Durchschnitt liegenden Berufsgruppen zählten auch die Buchdrucker mit 4,3 Proz. Katastrophal gestalteten sich die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt erst in den Wintermonaten 1928/1929. Die Kältekatastrophe verursachte in ganz Mitteleuropa schwere wirtschaftliche Schäden, von denen auch die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes nicht unberührt blieb.

Wie stark die bereits eingangs erwähnte politische Konstellation auch auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse eingewirkt hat, wird in einem besonderen Kapitel: „Dem Bürgerstolz zur Großen Koalition“, in aller Deutlichkeit aufgezeigt. Die Regierungskrise, die Maiwahlen, Regierungsbildung, Außenpolitik und die Panzertruppenfrage, das mißglückte Volksbegehren, das Amnestiegesetz und die Reichsreform werden noch einmal in die Erinnerung gerufen und lassen erkennen, wie wenig es der Arbeiterchaft möglich ist, losgerissen von den Ereignissen in der großen Politik ihre wirtschaftlichen Interessen wahrzunehmen. Wie weit die Interessenwahrnehmung der Arbeiterchaft mit der Politik verknüpft ist, beweist auch die sehr eingehende Behandlung der Wohnungsfrage, des Mieterschutzes, der Bodenreform und anderer hiermit zusammenhängender Fragen. Auch die Steuer- und Finanzpolitik des Reiches wird einer eingehenden Betrachtung unterzogen. Und gerade dieses Gebiet dürfte die Gewerkschaften im Hinblick auf die bevorstehende, im Zusammenhang mit dem Youngplan zu erwartende Steuer- und Finanzreform ganz außerordentlich interessieren. Daß die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine besonders eingehende Behandlung erfährt, erklärt sich aus der Bedeutung, die diesem sozialen Versicherungszweig zukommt, und aus den Kämpfen, die sich um diesen Versicherungszweig abgespielt haben und aus allen ja noch in frischer Erinnerung sind. Wichtig ist auch hierbei, darauf hinzuweisen, daß diese für die Gewerkschaften zu einer Lebensfrage gewordene sozialpolitische Einrichtung in den letzten Kämpfen viel weniger als eine wirtschaftspolitische Frage behandelt wurde, sondern mehr und mehr zu einem Spielball der politischen Parteien und zu einem Kompensationsobjekt in den politischen Kämpfen gemacht wurde. Daß hierbei die Arbeitervertreter der verschiedenen politischen Parteien noch nicht einmal unter einen Hut zu bringen waren, sei nur erwähnt, um auf die Überfülltheit der nach Glaubensbekenntnissen und Weltanschauungen gespaltenen Arbeiterchaft hinzuweisen. In bezug auf die Sozialversicherung wird unter Hinweis auf das Reformprogramm der Gewerkschaften immer wieder die alte Forderung der Gewerkschaften nach einer Vereinheitlichung und Zusammenfassung der verschiedenen Gebiete der Sozialversicherung hingewiesen und die Stellungnahme der letzten Gewerkschaftskongresse hierzu betont, in die auch die grundsätzliche Forderung der Selbstverwaltung eingeschlossen ist.

Die Gestaltung der Arbeitszeit hat durch die Gesetzgebung im Jahre 1928 keine Veränderung erfahren. Eine Erhebung, wie sie auch in früheren Jahren durchgeführt wurde, ergab in diesem Jahre, daß die tatsächliche Dauer der Arbeitszeit bei je 100 Arbeitern und Arbeiterinnen in den verschiedenen Bezirken Deutschlands bei 3 101 078 erfaßten Personen folgenbermaßen aussteht: unter 48 Stunden 6,5 Proz., 48 Stunden 65,6 Proz., über 48 bis 51 Stunden 11,3 Proz., über 51 bis 54 Stunden 11,9 Proz. und über 54 Stunden 3,4 Proz. 11,3 Proz. arbeiteten verkürzt. Für das Buchdruckergewerbe finden wir in einer nach Berufsgruppen getrennten Aufzählung die erfreuliche Feststellung, daß vom Mai 1924 bis zum Oktober 1928 die 48stündige Arbeitszeit von 49,2 Proz. auf 84,1 Proz. gestiegen ist, und daß dementsprechend die Arbeitszeit von über 51 bis 54 Stunden von 41,9 Proz. auf 3,1 Proz. im gleichen Zeit-

raum zurückgegangen ist. Diese Ziffern widerlegen am besten das gegenwärtige Geschrei der kommunistischen Opposition, das ja übrigens bei jeder Krise zur Ausschärfung der Kollegen gegen die Organisationsinstanzen erhoben wird, die Organisation habe nichts für die Arbeitslosen getan. Einen besseren Dienst als die fast restlose Durchführung der 48stündigen Arbeitswoche können wir unfern Arbeitslosen gar nicht erweisen, denn Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet Einziehung eines Teiles der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß, und darauf allein kommt es bei der Behandlung des Arbeitslosenproblems an. Damit ist keineswegs gesagt, daß nicht im Hinblick auf die Folgen der Rationalisierung und ihren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit gefordert werden müßte. Aber auch eine solche muß mit dem größten Ernst und nicht zum Zwecke der Werbung für eine politische Partei behandelt werden. Zudem ist der Zeitpunkt für die Erhebung einer solchen Forderung nicht, wie wir es regelmäßig von der kommunistischen Opposition erleben, in Zeiten wirtschaftlicher Krisen, sondern in Zeiten

**Die Erneuerungsfest für den
Postbezug des „Korrespondent“
läuft bis 25. jeden Monats.**
Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf.
20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines
Monats aufgegebenen Bestellungen.

wirtschaftlicher Hochkonjunktur gegeben. Allerdings wären dann mit einer solchen Forderung keine politischen Geschäfte zu machen.

Die Bildungsarbeit der Gewerkschaften wird ihrer Bedeutung entsprechend in einem besonderen Kapitel behandelt. Es wird betont, daß die Bildungsarbeit in allen Lebensstadien in den Bereich der Arbeiterbildung gehört und daß deshalb die Arbeiterbildung im engsten Zusammenhang mit dem öffentlichen Bildungswesen zu betrachten ist. Hierzu gehören die Volkshochschulen als die ersten Bildungsorte für unsere Kinder und die sich daran anschließenden Berufsschulen. Die Behandlung gerade dieses Kapitels zeigt, mit welchem großen Interesse den Arbeiterkreisen fernstehende Schichten des Volkes Anteil an der Gestaltung der Bildungsarbeit und ihrer Entwicklung nehmen. Es wird darauf verwiesen, daß der Gewerkschaftskongreß in Hamburg das Bildungswesen zu einer programmatischen Einheit zusammengefaßt hat, und daß dort durch den Referenten des Bundesvorstandes darauf hingewiesen worden sei, daß die Frage des Bildungswesens eng mit der Forderung der Wirtschaftsdemokratie zusammenhänge, weil auch in bezug auf das Bildungswesen die Forderung der Demokratisierung des öffentlichen Bildungswesens gefordert werden müsse, wenn das heutige Bildungsmonopol durchbrochen werden soll. Wirtschaft und Volksschule, Berechtigungswesen und Ausbau der Berufsschule sind die Fragen, die im Vordergrund des Bildungswesens stehen. An den Lehrgängen der Wirtschaftsschulen in Berlin und Düsseldorf, der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. und der Volkshochschule in Tinz haben im Jahre 1928 wieder 313 Mitglieder der verschiedenen Verbände teilgenommen. Von unfern Berufskollegen waren hieran insgesamt 18 Kollegen beteiligt. Es wird aber auch an dieser Stelle wieder darauf hingewiesen, daß die Leistung der Schulen und ihr Erfolg immer nur von der Sorgfältigkeit der Auslese der zu entsendenden Schüler abhängt. Unter Hinweis auf die Bundeschule in Bernau wird schon jetzt auf die Beachtung dieses Erfahrungsgrundgesetzes hingewiesen. Die Bundeschulen sollen vornehmlich Elementarschulen zur Schulung der ehrenamtlichen Funktionäre in den Betrieben sein, ihre Aufgabe soll die gewerkschaftliche Zweckbildung sein. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß der gewaltige Aufschwung der deutschen Industrie nicht zum geringsten Teil der Intelligenz der deutschen Arbeiterchaft zu verdanken ist, wie Karl Legien einmal gesagt hat, und daraus die Schlussfolgerung gezogen, daß nach wie vor für jeden Arbeiter die Bildungsfrage an erster Stelle zu stehen hat.

Daß die Gewerkschaften auch im verflossenen Jahre ihren Charakter als Kampforaganisation nicht verloren haben, darauf weisen die umfangreichen gewerkschaftlichen Kämpfe hin, die auch in diesem Jahre ausgefochten werden mußten und die trotz der verschlechterten Arbeitsmarktlage nur um ein geringes hinter der Zahl der Kämpfe des Vorjahres zurückgeblieben sind. Nicht weniger als 11 637 386 Personen waren an diesen Kämpfen beteiligt, von denen sich nur derjenige eine Vorstellung zu machen vermag, der im gewerkschaftlichen Leben steht und an solchen Kämpfen den gebührenden Anteil nimmt. Daß die Initiative in diesen Kämpfen bei den Gewerkschaften lag, darauf deutet der Unterschied zwischen den Angriffsbewegungen und Abwehrbewegungen hin. An den Angriffsbewegungen waren allein 11 433 054 Personen beteiligt, während an den Abwehrbewegungen nur 103 492 Personen beteiligt waren. So zeigt auch dieser Jahresbericht des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß es keinen Stillstand

und kein Ausruhen gibt. Die Arbeiterbewegung ist aus dem Kampf um die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung geboren und ihre Aufgabe wird nach wie vor der Kampf um dieses Ziel sein. In diesem Kampfe hat sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund als ein Führer erwiesen, zu dem die Arbeiterchaft auch in kommenden Kämpfen mit Vertrauen aufblicken wird. fl.

Jugend und Gewerkschaften

Wenn man die Statistiken der freien Gewerkschaften aufmerksam verfolgt, kann man die Feststellung machen, daß ein verhältnismäßig kleiner Teil der Jugendlichen, Arbeiter und Lehrlinge, freigewerkschaftlich organisiert ist. Damit soll freilich nicht gesagt sein, daß diese in den gegnerischen Organisationen sind. Nein; diese jungen Menschen sind überhaupt nicht organisiert. Hier muß versucht werden, von den einzelnen Fachverbänden, als auch vom ADGB, alle Wege zu beschreiten, um das prozentuale Verhältnis der jugendlichen Mitglieder in den einzelnen Verbänden zu bessern. Es ist nicht der Zweck dieser Ausführungen, etwa die mühevolle Arbeit des ADGB, und der Verbände zu unterschätzen, welche bis jetzt schon geleistet wurde. Es soll nur untersucht werden, warum sich nur ein kleiner Teil der heutigen Jugend organisiert; sowohl politisch als auch gewerkschaftlich. Ein großer Teil der Jugend von heute, deren Devise Sport, Kino und Tanzboden bedeutet, sucht Ablenkung von angestrengter Arbeit. Daneben spielen die materiellen Verhältnisse in den Familien eine nicht zu unterschätzende Rolle. Träg niedriger Löhne und dauerndem „von der Hand in den Mund leben“ scheinen sie doch mit den „Verhältnissen“ zufrieden zu sein. In der Familie ist nicht einmal der Vater von der erfolgreichen Arbeit der Gewerkschaften überzeugt, und seine eigne Engstirnigkeit ist das schlechteste Beispiel für seine Kinder, die schon mitverdienen müssen. An den Arbeitsstellen wird leider nicht immer die notwendige Aufklärungsarbeit geleistet. Daraus erklärt sich auch die geringe Anteilnahme des jugendlichen an der Gewerkschaftsarbeit. Beacht man z. B. Gewerkschaftsveranstaltungen, so wird man feststellen können, daß die Altersstufen von 14 bis 25 Jahren eine viel zu geringe Anteilnahme aufweisen. Der junge Arbeiter ist mit der einmaligen Aufforderung, in die Versammlung zu kommen, noch lange nicht organisiert. Kommt es noch dazu vor, daß in den Versammlungen persönliche Streitigkeiten, wie sie bei unfern Gewerkschaftsfreunden (lies Feinden) gang und gäbe sind, vorkommen, dann wird es mit der Anwesenheit wohl so ziemlich vorbei sein. Hier könnte man noch eine Menge von „Kleinigkeiten“ anföhren, welche bei der Werbung von Wichtigkeit sind. Die Hauptarbeit muß nach wie vor auf die persönliche Werbung gelegt werden, dahneben müssen aufklärende Schriften und Erfolge der Gewerkschaften immer den größten Raum bei der Werbung einnehmen. Versuchen wir einmal, das Abel an der Wurzel anzufassen; vielleischt erhöhlt sich dann der prozentuale Anteil der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter an den Mitgliederzahlen der freien Gewerkschaften. Diese Arbeit wird nicht zu umgehen sein, um immer starke und schlagfertige Gewerkschaften dem organisierten Kapital als Bollwerk entgegenzustellen. Und dazu bedarf es auch der Jugend — denn wer die Jugend hat, der hat die Zukunft! B e u t h e n (Oberstf.). A. . s.

25 Jahre Ortsverein Biebrich

Das 25jährige Jubiläum des Ortsvereins Biebrich wurde am 28. September im Saale des katholischen Vereinshauses feilich begangen. Der Einladung hatten die Kollegen aus Biebrich und Umgegend mit ihren Angehörigen in so großer Zahl Folge geleistet, daß der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Eingeleitet wurde die Feier mit einem Ehrungsmarsch durch die „Musikvereinigung“ Biebrich, worauf der Gesangverein „Gutenberg“ Wiesbaden den Chor „Johanniska“ (Ulmang) zu Gehör brachte. Nach dem Willkommengruß an die Festteilnehmer durch den Vorsitzenden, Kollegen Ernst K ä d e r, trug Fräulein K a n d l e r einen von Kollegen Schell verfaßten sinnigen Prolog vor. Die Darbietungen des Konzertsängers M a r t w a r d t (Mainz) riefen starken Beifall hervor. Er sang zwei Lieder für Bariton: „Frühling am Rhein“ (D. Hüfer) und „Ich grüße dich, Land der Webe“ (Straßmann).

Die Festrede hielt Gaukassierer Ernst K r a f t (Mannheim). Er gab darin einen Rückblick auf die Entwicklung und die Ziele der Gewerkschaftsbewegung der deutschen Arbeiterchaft, in welcher die praktische Arbeit des Verbandes der Deutschen Buchdrucker stets führend gewesen sei. Er hob die Tätigkeit des Jubelvereins anerkennend hervor und sprach ihm den Dank der Gaukassierung aus, woran er noch den Wunsch knüpfte, daß die Mitglieder sich künftig auch ihrer staatsbürgerlichen Pflichten bewußt sein und sich in Wahrung dieser Belange positiv betätigen mögen. Kollege K ä d e r nahm im Anschluß daran die Ehrung der Jubilare und Mitbegleiter vor. Es sind dies die Kollegen Fr. R h n e, H. K r a u t h, Fr. M i t t e l b a c h, Gg. B a r g o n, Fr. B e h r i n g e r, Fr. S c h l o t t e r und K. B u r t a d t als Mitbegleiter sowie die Kollegen G. W e i g e, D. F a g o, D. E r b e und H. S c h e i f e l für 25jährige Zugehörigkeit zum Verbande. Ihnen wurden Urkunden überreicht. Namens der Jubilare dankte Kollege K r a u t h für die erwiesene Ehrung.

Glückwünsche sprachen aus die Bezirksvereine Wiesbaden, Mainz und Darmstadt; die Ortsvereine Wiesbaden, Limburg und Oppenheim-Nierstein, die Handsehervereinigung Wiesbaden, Maschinensehervereinigung Wiesbaden, Druckervereinigung Wiesbaden, die Korrektorenvereinigung Mainz-Wiesbaden, der Gesangverein „Gutenberg“ sowie die Ortsgruppe Wiesbaden vom Bildungsverband. Schriftliche Gratulationen sandten Gutenberg-Museum und Gutenberg-Gesellschaft Mainz, die Graphischen Verbände Wiesbaden sowie ein früheres Ortsvereinsmitglied aus Amerika.

Nach einem weiteren Musikvortrag „Rheinischer Sang“ sang Opernsängerin Frau Dora Beucher (Wiesbaden) zwei Lieder aus „Fischingssee“ und „Gudrun“ und dann mit dem Kollegen Kaber das Duett: „Mädellein, Mädellein“ aus der Operette „Graf von Luxemburg“. Dasselbe fand begeisterten Beifall und mußte wiederholt werden.

Der Sprech- und Bewegungschor der Wiesbadener Jungbuchdrucker: „Schläfst du, Weltgewissen?“ gefiel allgemein durch die exakte Aufführung.

Nach zwei weiteren Liedern des Gesangvereins „Gutenberg“: „Abend am Rhein“ (Frgl) und „Voreleg“ (Singer) wurde noch bis lange nach Mitternacht eifrig das Tanzbein geschwungen. War es doch ein Abend, an dem die Kollegialität so recht zum Ausdruck kam.

Am Sonntag, dem 29. September, fand vormittags auf dem Ehrenfriedhof eine Ehrung der gefallenen und verstorbenen Mitglieder statt, wobei Kollege Kraft der verstorbenen Mitglieder des Ortsvereins sowie des verstorbenen Kollegen Joseph Seig ehrend gedachte. Kollege Käder legte zu Ehren der Verstorbenen einen Kranz nieder.

Am Nachmittag wurde als Abschluß der Jubiläumsfeier eine Dampferfahrt nach Oppenheim unternommen. Auch hierzu hatte sich die Buchdruckersfamilie in großer Zahl eingefunden. In Oppenheim wurde dann unter Führung der dortigen Kollegen die Stadt sowie verschiedene Sehenswürdigkeiten besichtigt. Bei einem Glase guten Rheinweins verbrachte man bis zur Rückfahrt bei Musik und Tanz im Kreise der Oppenheimer Kollegen noch einige recht vergnügte Stunden. Allen, die zum Gelingen des Festes beigetragen haben, gebührt der Dank des Ortsvereins. — Anlässlich des Jubiläums wurde eine Festschrift herausgegeben. Den an der Herstellung derselben beteiligten Firmen sei für ihr großes Entgegenkommen auch hier nochmals herzlich gedankt.

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Johann Simon in München
Eingetreten: 25. Oktober 1879
Seht Invalide



P. O. Coaspen in Hamburg
Eingetreten: 26. Oktober 1879
Seht Invalide



Reparationen an die früheren Feinde abliefern, zahlen diese an Kriegsschulden an Amerika weiter. Wir zahlen so die Kriegsschulden unsrer Kriegsgegner. Zweifello ist dadurch ein recht kompliziertes Weltbild entstanden. Zum anderen liegt auch die wahre Lösung des Reparationsproblems gar nicht in Europa, sondern in Amerika. Nicht mit Unrecht spricht man auch davon, Europa stehe in amerikanischer Fron. Auch hier zeigt sich das Verderbliche des mit den Haaren herbeigezogenen Volkswirtschafts gegen den Youngplan. Es handelt sich hier um eine Wabanepolitik schlimmster Sorte, die da getrieben wird, die, wenn sie Erfolg hätte, was ausgeschlossen ist, nicht zur Vereinigung der Welt, sondern zur weiteren Verwirrung Anlaß geben würde. Wir alle wissen, daß die Reparationslast nicht nur ein Übel ist, sondern auch, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, eine falsche Rechnung darstellt. Einmal wird man auch in der Welt hierauf stoßen. Gerade diese Verhältnisse gaben der Idee der Vereinigten Staaten von Europa Gestalt und Inhalt. Als die Idee zuerst entstand, glaubten diese, hierdurch würden neue und festgefügte Interessengruppen mit neuen Reibungsflächen entstehen. An Stelle der früheren Bündnisgruppen entstanden so „Hemisphären-Gruppen“: Europa, Amerika, Rußland.

Wie die Dinge aber nun einmal liegen, gibt es wirklich keinen anderen Ausweg als eben Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Heute zeigt Europa das Bild eines in sich zerrissenen Weltteiles, Amerika aber ist ein in sich geschlossenes Ganzes. Trägt nicht alles, so zwingt früher oder später der Pan-Amerikanismus naturnotwendig zum Pan-Europa. Anstatt neue Gefahren in sich bergen, kann die Entwicklung dazu beitragen, solche auszumergen.

Wir stehen vor der Tatsache, daß Amerika gar nicht daran denkt, in den Völkerbund zu kommen. Ein einiges Europa könnte aber viel dazu beitragen, Amerika enger mit Europa zu verbinden. So gesehen, ist die Idee der Vereinigten Staaten von Europa als eine Art Ergänzung zum Völkerbund entstanden.

Hält sich auch Amerika vom Völkerbund fern, so hat es doch auch seinerseits seine Hand zur Befestigung des Völkerfriedens gegeben. Ist doch der bekannte Kellogg-Pakt eine Ergänzung zum Völkerbund: während letzterer den Krieg als „letzte Ausflucht“ noch immer zuläßt, schließt ersterer den Krieg unter den zivilisierten Völkern aus. Dem Völkerbund entsteht so die Pflicht, seine Statuten mit dem Kellogg-Pakt in Einklang zu bringen, was ihm auf der letzten Tagung freilich noch nicht gelang. Es ist aber das Verdienst der vorwärtsstrebenden englischen Arbeiterregierung, das Thema angechnitten zu haben. Man kann also sagen: Geht auch die Entwicklung zum wirklichen Frieden nur langsam, sogar sehr langsam voran, so ist doch der Fortschritt in dieser Richtung unverkennbar. Besonders die von der englischen Arbeiterregierung ausgehenden Anregungen auf wirtschaftlichem Gebiete geben zunächst dem Völkerbund einen neuen Impuls, handelt es sich hier doch um die europäische Wirtschaft. Gelingt es, die Weltwirtschaft international zu regeln, dann ist der Grundstein zum Gebäude der internationalen Demokratie gelegt. Der Weg zu diesem Ziele mag steinig sein. Aufgabe der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist es, an der Freilegung der Bahn mitzuarbeiten, was sie um so freudiger tut, als gerade sie nichts unverzagt läßt, dem Weltfrieden zu dienen. Sie weiß, daß eine wirkliche Steigerung des Lebensstandards nur in einer auf Frieden aufgebauten Welt möglich ist. Von dieser Warte aus gesehen, bedeutet internationale Demokratie eine notwendige Ergänzung der wirtschaftlichen Demokratie.

Köln. W. Weingartz.

Internationale soziale Bewegung

In der Nachkriegszeit lösen sich Zeiten sozialpolitischen Fortschritts mit solchen sozialer Reaktion ab. Bald gelangt es der Arbeiterklasse, sozialpolitische Errungenschaften zu erzielen, bald muß sie diese in jähem Kampf gegen ihre Feinde verteidigen. Gegenwärtig steht die Arbeiterklasse Deutschlands im Verteidigungskampf: Die deutsche Sozialpolitik wird unter dem Vorwand der finanziellen Schwierigkeiten und der Förderung der Kapitalbildung bedroht. In der übrigen Welt hat es jedoch den Anschein, als ob der Kampf um die Sozialpolitik neue Antriebe erhielt. Geht man von der neuen sozialpolitischen Welle ebenso wie die westpolitische von der englischen Arbeiterregierung.

So geht in der Arbeitszeitfrage von England ein Anstoß aus, das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag zu ratifizieren. Die konservative Regierung Englands hat die Ratifizierung stets hartnäckig verweigert. Diese Weigerung war um so schädlicher, weil ja in England der Achtstundentag tatsächlich auf der ganzen Linie bereits besteht, und die englische Ablehnung der Ratifizierung in der Hauptsache von anderen Ländern als Vorwand für das gleiche Verhalten gebraucht wurde. Da nun jetzt die englische Regierung ihre Absicht der Ratifizierung kundgibt, wird es wohl auch den anderen Ländern nicht mehr leicht fallen, sich ihrer internationalen Verpflichtung zu entziehen. Erfreulicherweise hat jetzt auch die deutsche Regierung ihre Absicht der Ratifizierung des Abkommens angekündigt. Die Arbeitszeitfrage im englischen Bergbau ist noch nicht gelöst. Man weiß noch nicht, ob die Verlängerung der von der konservativen Regierung verlängerten Arbeitszeit für den Bergbau von England allein oder aber als Ergebnis einer internationalen Regelung vorgenommen werden wird. Die Fünftageswoche macht in den Vereinigten Staaten weitere große Fortschritte, ja, es ist geradezu erstaunlich, wie rasch sich diese Arbeitsweise in den verschiedensten Produktionszweigen einbürgert. Von größter Bedeutung ist die Arbeitszeitpolitik Somersstrahls, das den Übergang zur ununterbrochenen Arbeit in der Industrie vorbereitet. Die Arbeitszeit in der Industrie wurde in Rußland auf täglich sieben Stunden herabgesetzt, vorwiegend in der Absicht, mehr Arbeitsmöglichkeiten für die gewaltig zunehmende Bevölkerung zu schaffen. Die Neuregelung, die darin besteht, daß nach vier Arbeitstagen ein Ruhetag für die Arbeiter eingeschaltet wird, hat aber die Produktion selbst möglichst ununterbrochen vor sich geht, entspricht teils denselben Bestrebungen, aus denen der Arbeitstag von sieben Stunden hervorhing, nämlich mehr Arbeitsstunden Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen, zum Teil produktionspolitischen Bestrebungen, um den vorhandenen, an sich unzureichenden Produktionsapparat vollständiger auszunutzen. Angesichts der großen Schwierigkeiten, die der Ausführung des Planes entgegenstehen, kann man dessen Erfolg nicht im voraus beurteilen. In dessen handelt es sich um eine Reform von größter Bedeutung.

Die Sozialversicherung soll zur Zeit in England verbessert werden, wo vor allen Dingen die Mängel der Arbeitslosenversicherung beseitigt werden sollen. Das neue Gesetz wird zur Zeit vorbereitet. Auch die Landarbeiter sollen in die Arbeitslosenversicherung einbezogen werden. In Frankreich soll das neue Versicherungsgesetz, das nach jahrelangen Bemühungen endlich angenommen wurde und die verschiedenen Zweige der Sozialversicherung einheitlich zusammenfassen soll, Anfang Februar 1930 in Kraft treten. Es müssen aber dazu verwaltungsmäßige Vorbereitungen getroffen werden, die bisher veräumt worden sind, weshalb eine allgemeine Unsicherheit über die Durchführung des Gesetzes besteht. Die Unternehmer und die mit ihnen verbündeten Behörden bieten alles auf, um das Gesetz zu sabotieren, doch gelang es, die Kräfte der in den Gewerkschaften und den verschiedenen Verbänden organisierten Versicherungspflichtigen zu sammeln. Den vereinten Kräften wird es wohl gelingen, die Hindernisse zu überwinden. Die rumänische Regierung plant jetzt eine allgemeine Reform der Sozialversicherung. Die mexikanischen Gewerkschaften stehen zur Zeit im heftigen Kampf um die Sozialversicherung.

Der Versuch eines Abbaues der Zwangslosigkeit führte in Australien zum Sturz der Regierung. Die Regierung Bruce beabsichtigte, das Schlichtungswesen zu zerlegen, mit der Begründung, daß die Schlichtungsprüfung von den Gewerkschaften nicht beachtet würden. Der Gesetzentwurf wurde mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt, was zur Auflösung des australischen Parlaments führte. Während in Australien die Gewerkschaften für die Zwangsschlichtung Stellung nehmen, sind die norwegischen Gewerkschaften Gegner der Zwangsschlichtung und bekämpfen das vor zwei Jahren eingeführte Gesetz, das in bestimmten Fällen eine Zwangsschlichtung vorsah. Das Gesetz ist nun abgelaufen und wurde, da die Arbeiterpartei weiter in ihrer Opposition verharrte und auch von den bürgerlichen Parteien Gegner der Zwangsschlichtung auftraten, nicht verlängert.

In der Betriebsrätefrage ist die Niederlage der faschistischen Gewerkschaften in Italien zu verzeichnen, die mit der Forderung auftraten, in die Einzelbetriebe Vertrauensleute der faschistischen Korporationen senden zu dürfen. Ihr oberster Befehlshaber Mussolini hat jedoch auf Betreiben der Unternehmer die Forderung abgelehnt, damit der Herr-im-Haus-Standpunkt der Unternehmer unter allen Umständen unangefastet bleibe. Die faschistischen Ge-

Internationale Demokratie

Das Verdienst der gewerkschaftlichen Bewegung ist es, die wirtschaftliche Demokratie in den Bereich der praktischen Staatspolitik gestellt zu haben, weil politische Freiheit ohne wirtschaftliche Macht Halbschick ist. Mehr und mehr dringt das Bewußtsein durch, daß Demokratie auch aus dem nationalen Rahmen heraus in die internationale Sphäre gezogen werden muß. Das ist die eigentliche Aufgabe des Völkerbundes. Wahrscheinlich, die ersten Jahre Völkerbundpolitik sahen nicht gerade vielversprechend aus. Es ist sogar verständlich, wenn so mancher das Gute der in der Institution verborgenen Kräfte leugnete. Der Völkerbund war von Anfang an als eine Art Weltorganisation gedacht, der die internationalen Beziehungen der Völker gegeneinander auf vollständig neuer Grundlage aufbauen sollte. Der Gedanke: wenn in 1914 eine ähnliche Einrichtung bestanden hätte, die Weltkatastrophe wäre sicherlich verhindert worden, beseele die besten Geister. Trotz aller Rückschlüsse ließen sie sich nicht irren machen.

Die letzte Septembertagung des Völkerbundes gibt nun Gelegenheit, einen Rückblick auf den Wirkungsbereich desselben zu werfen. Und da sei das Urteilst schon gleich vorweggenommen: Der Völkerbundgedanke macht Fortschritte, die noch vor zehn Jahren für unmöglich gehalten wurden. Das kam nicht nur in den Reden der leitenden Staatsmänner Ramsay Macdonald, Aristide Briand, Gustav Stresemann, des leider so früh verstorbenen deutschen Staatsmannes, der draußen in der Welt mit Recht als großer Europäer gefeiert wird, zum Ausdruck, sondern auch in dem Antrage der englischen Arbeiterregierung, der von der Notwendigkeit der völligen Reorganisation der Verwaltung des Völkerbundesekretariats spricht. Doch sei letzteres hier nur angedeutet. Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus betrachtet sind es zunächst andre Fragen, die uns interessieren. Wir denken da an das Problem der Vereinigten Staaten von Europa. Briand stellte das Problem zur Debatte, ohne jedoch konkrete Vorschläge zu machen. Was also soll das Problem? Ist der Völkerbund die Plattform zur Schaffung eines Weltbundes der Völker, warum dann noch ein System der Vereinigten Staaten von Europa? Ist letzteres als Druckmittel gegen Amerika gedacht? Erwägungen dieser Art lauern wohl im Hintergrunde bei den gepflogenen Besprechungen der letzten Tagung.

Nichts kann jedoch über die Tatsache hinwegtäuschen, daß der Völkerbund keine wahre Weltorganisation ist. Amerika weigert sich fieberhaft offen, dem Völkerbund beizutreten. Freilich wäre es verkehrt, anzunehmen, Amerika sähe unter allen Umständen in Europa seinen Feind. Allerdings hat Europa Grund zur Klage. Da ist das Reparationsproblem, das gerade jetzt wieder Mittelpunkt aller innerpolitischen Kämpfe in Deutschland ist. Gar mancher vergißt, daß fast drei Viertel der gesamten deutschen Reparationslast den Weg nach Amerika findet. Was wir Deutsche in Form von

werkchaften erhalten dagegen das Privileg, daß sie allein Arbeiter vermitteln dürfen. Für Arbeiter, die einer anderen Organisation angehören, sollen keine Existenzmöglichkeiten in Zästen bestehen.

Die Wanderungsfragen spielen auch außerhalb der Vereinigten Staaten, in denen die Einschränkung der Einwanderung nach einem neuen Schlüssel beschlossen wurde, eine Rolle. Bemerkenswert ist die entscheidende Forderung nach Einschränkung der Einwanderung seitens der kanadischen Gewerkschaften, der ein Regierungsentwurf, welcher die Einwanderung auf Grund von im voraus abgeschlossenen Arbeitsverträgen verbietet, Rechnung trägt. In Frankreich sind die Probleme, die mit der Lage der eingewanderten Arbeiter zusammenhängen, von großer Bedeutung und geben auch den Gewerkschaften außerordentlich viel Anlaß zur Tätigkeit, zumal die Organisation der eingewanderten Arbeiter ebenso erwünscht wie schwierig ist. Auch die Einwanderung nach Luxemburg, dessen Bergbau, Metallindustrie und Baugewerbe ausländische Arbeitskräfte in großem Umfang heranziehen, hat Fragen aufgeworfen, für deren Lösung die Gewerkschaften aus den Nachbarländern unter Führung des IGB. eine Kommission gebildet haben.

Als ein gewisser Erfolg der Arbeit des Internationalen Arbeitsamtes ist es wohl anzusehen, daß die holländische Regierung einen Abbau der Zwangsarbeit in den holländisch-indischen Kolonien beabsichtigt und das Strafsystem in Verbindung mit den öffentlichen Arbeiten abzuschaffen gedenkt. Die sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften Hollands haben sich für die Abschaffung der Zwangsarbeit stets eingesetzt.

Eine Anzahl von Gewerkschaftszentralen haben ihre Tagungen abgehalten. Die größte Beachtung fand die Tagung des englischen Gewerkschaftskongresses in Belfast, die vor allem volkswirtschaftspolitischen und organisatorischen Fragen gewidmet war. Im Mittelpunkt stand freilich auch dieses Mal die Frage der Arbeitslosigkeit. Der Kongreß des holländischen Gewerkschaftsbundes konnte mit Genugtuung den Ausschuss der holländischen Gewerkschaften, der sich auch in einer erheblichen Steigerung der Mitgliederzahl ausdrückt, verzeichnen. Der Kongreß behandelte neben sozialpolitischen vor allem organisatorische Fragen, die Gründung von Gewerkschaftsartikeln und sprach sich für die Industrieverbände aus. Die Freiheitsbestrebungen der ausgebeuteten und unterdrückten indochinesischen Arbeiter fanden die lebhafteste Unterstützung des Gewerkschaftskongresses. In Frankreich fanden die Kongresse der freien Gewerkschaften (CGT.) und der kommunalistischen Gewerkschaftszentrale statt. Auf dem ersten stand im Mittelpunkt die Rationalisierung der Industrie, doch wurden auch Fragen der Sozialversicherung, des bezahlten Urlaubs, der Berufsausbildung und die Organisierung der Einwanderer lebhaft erörtert. In Portugal sollen die Gewerkschaften in eine Föderation zusammengefaßt werden. Auch die internationalen Berufsverbände haben eine lebhaftige Tätigkeit entfaltet. Die Tagung der Bergarbeiter-Internationale hing mit der geplanten internationalen Regelung der Kohlenfrage durch den Völkerbund zusammen. Die Schuh- und Lederarbeiter-Internationale beschäftigte sich vor allem mit den Problemen der Zölle und des Dumpings und forderte angefaßt der großen Arbeitslosigkeit in diesen Industriezweigen die Abschnehung von Überstunden und die 44stündige Arbeitswoche. Auf der Tagung der Internationale der terranischen Arbeiter wurde deren Verschmelzung mit den internationalen Verbänden der Glasarbeiter bzw. der Fabrikarbeiter erwogen. Der Sitz der Internationale der Holzarbeiter wurde von Amsterdam nach Berlin verlegt.

Korrespondenzen

Hugoburg. (Sandseher.) Am 8. September fand in Donauwörth in Verbindung mit der Nördlinger Handsehervereinigung die zweite Wanderversammlung statt. Dieser voraus ging eine Besichtigung der Nürnscher Buchdruckerei und Kunstanstalt sowie einer Drucksachenausstellung. Die ganz modern eingerichtete Druckerei, die besonders in hygienischer Hinsicht manche Großstadtdruckerei in den Schatten stellt, wurde alleits bewundert. Die mit verbundene Drucksachenausstellung fand ebenfalls große Anerkennung. Die eigentliche Tagung begann um 10 1/2 Uhr im Gasthaus „Zur Rose“. Nach den üblichen Begrüßungen erstattete Kollege Kumpol (München) ein feilendes Referat über „Zweck und Verlagen des Zusammenflusses der Handseher“, das sehr beifällig aufgenommen wurde. Die Gründung einer Handsehervereinigung in Donauwörth wurde in die Wege geleitet. Ein gemeinsamer Ausflug am Nachmittag nach dem schon gelegenen Harburg im Ries gab der Wanderversammlung ein besonderes Gepräge. — Der Nürnscher Buchdrucker sei für das freundliche Entgegenkommen auch an dieser Stelle der beste Dank ausgesprochen.

Wien (D.S.). (Majhinenseher.) Die Herbstversammlung des Bezirks Deutsch- und Polnisch-Oberhiesler des Schließlichen Maschinensehervereins am 20. September in Hinderburg war, wie immer, außerordentlich gut besucht. Ihr voraus ging eine Erläuterung und Besichtigung der gut gelungenen Ausstellung der Mergenthaler Sehmajhinenfabrik, die uns mit neuen Verbesserungen an der Linotype bekannt machte, so u. a.: Der neue 1/2-Millimeter-Spartaner-Apparat. Druckdriffen „Wie die Linotypematrix entsteht“, „Die Zeitung“, „Was viele nicht wissen“, gelangten an die Kollegen zur Verteilung. Der Firma leit auch hier herzlich gedankt. Um 10 1/2 Uhr eröffnete Vorsitzender Hartwig die Versam-

lung und richtete herzliche Worte der Begrüßung an alle Spartaner, insbesondere an die polnisch-oberhieslerischen Kollegen, an den Referenten, Kollegen Birnbach (Bresslau) und den Vertreter der Mergenthaler Sehmajhinenfabrik, Herrn Suble. Nach Erledigung interner Angelegenheiten und Durchberatung der neuen Gausstatuten sowie der Berichterstattung über die Gauerneigungs-Wanderversammlung in Jabelschwert erhielt Kollege Birnbach zu seinem Vortrag „Rückblick-Ausblick“ (Berachtungen zur Frankfurter Tagung) das Wort. In wirkungsvoller Weise nahm er zu allen einschlägigen Fragen Stellung und fand allseitigen Anklang, was durch die rechte rege Aussprache und den großen Beifall bewiesen wurde. Zum Schluß ermahnte er die Kollegen zur gewissenhaften Ausführung der demnächst zur Verteilung kommenden Fragebogen zu der von der Zentralkommission aufzunehmenden Statistik. Anschließend fanden Neuaufnahmen statt. — Ein Mittagessen und ein anschließendes gemühtliches Beisammeln beschlossen die gulerlaufene Tagung. Als nächster Ort für unsere Maschinenseherversammlung wurde Gleiwitz bestimmt.

Darmstadt. Unser Bezirksverein hatte am 22. September seine diesjährige Wanderversammlung in Pfungstadt anberaumt. Sie hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Muttergütlich fand die reichhaltige Tagesordnung ihre Erledigung. Bezirksvorsitzender Bickert eröffnete die Versammlung, der zwei gut vorgetragene Chöre unseres Kollegenangehörigen vorausgingen, die allgemeinen Anklang fanden. Kollege Schulz (Pfungstadt) begrüßte die Anwesenden herzlich und wünschte der Tagung guten Verlauf. Eine neue Einführung war das Zirkulieren einer Anwesenheitsliste, insbesondere unserer arbeitslosen Kollegen, die alle persönlich eingeladen waren. Mit Verbitigung konnte konstatiert werden, daß die Mehrheit derselben anwesend war. Der Vorsitzende machte bekannt, daß an Hand der Feststellungen der Visten notorischen Versammlungsschwänzern die freiwilligen Stipendien seitens des Bezirks für die Zukunft verlagert würden; was auch in der Versammlung Zustimmung fand. Der Hauptpunkt des Tages war das Referat unseres ehemaligen Bezirksvorsitzenden Kollegen Bahler über „Der Kampf gegen die Sozialgesetzgebung, insbesondere gegen die Krankenversicherung“. In ausgezeichneter Weise verstand es der Referent, alle Anwesenden bis zum Schluß seiner Ausführungen zu fesseln. Der spontane Beifall zeigte, daß das Gebörte höchstes Interesse hervorgerufen hatte. Auch die sich anschließende Diskussion hielt sich im Rahmen des Referats. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten dankte ihm der Versammlungsleiter den Dank der Versammlung ab. Für die Quartalsabrechnung, die gedruckt vorlag, wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Unter „Tariflichem“ fand unser Bezirksvorsitzender Gelegenheit, anfänglich eines Arbeitsgerichtsprojektes mit einer uns nicht ganz unbekanntem hiesigen Firma, die wichtige Tätigkeit des Betriebsrats hervorzuheben. Genügte doch ein kleiner Formfehler seitens der Betriebsvertretung, den zu Unrecht entlassenen Kollegen zur Strafe zu bringen. Dadurch erreichte die beklagte Firma ein günstiges Urteil, obwohl die moralische Seite des hartnäckigen Prozeßgegners genügend zum Ausdruck kam. Auch wurde auf das werkschliche Gebären einzelner Kollegen gebührend eingegangen, die das Überstundenbüßchen aus Gewohnheit betreiben; trotz der ersprechenden Arbeitslosenziffer. In einem warmen Appell sagte sich der Vorsitzende des Kollegenangehörigen dafür ein, diesen aktiv wie passiv zu unterstützen. — Hierauf wurde das Mittagessen gemeinsam eingenommen. Am Nachmittag fand mit den Familien unserer Kollegen ein gemühtliches Beisammeln statt, unter lobenswerter Mitwirkung der freien Turnerinnenzuge Pfungstads und unseres liebge gewordenen Kollegenangehörigen Vereins. Der regsame Pfungstader Arbeiterseher sei auch an dieser Stelle Dank und Anerkennung gezollt.

Duisburg. (Majhinenseher.) Die Maschinensehervereinigung des Bezirks Duisburg hielt am 22. September hier ihre Wanderversammlung ab, die gut besucht war. Des reichlichen Vortrages wegen waren auch die Krefelder Kollegen eingeladen und zahlreich erschienen. Nachdem Vorsitzender Zimmermann die Versammlung, insonderheit die Krefelder Kollegen begrüßt hatte, brachte er ein umfangreiches Rundschreiben der Zentralkommission, den Frankfurter Kongreß und Verbandstag betreffend, zur Verteilung. Zunächst erfolgte eine Aufnahme. Vom Kollegen Gustav Dannhauer wurde der Kasienbericht erstattet. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Kollege Joseph Reiche (Duisburg) hielt hierauf einen ausführlichen technischen Vortrag. Die Firma Reidenberg & Knid (Berlin) hatte zu Demonstrationszwecken drei Apparate zur Verfügung gestellt, einen Apparat zur Wiederherstellung beschädigter und abgedrohter Matrizenformen, einen Apparat zum Nachformen und Ausprägen beschädigter und abgedrohter Matrizenformen sowie die neue e- und n-Umschaltung. Ferner hatte obige Firma eine größere Anzahl Prospekte zwecks Verteilung zur Verfügung gestellt. Referent führte die Apparate einzeln vor und erklärte ihre Konstruktion eingehend. Gerade das Reparieren beschädigter Matrizen unter Benutzung der Apparate sei für den Maschinenseher wertvoll und vielen Annehmlichkeiten vorzuziehen. Redner bemerkte, daß die neue e- und n-Umschaltung das beste darstelle, was bisher auf dem Markt gekommen und von jedem Maschinenseher leicht anzubringen lie. Da man den Preis der Apparate (75, 80, 95 M.) als mäßig bezeichnen könne, empfehle sich ihre Anschaffung. Am Schluß des Referats bat der Redner um allseitige Unterstützung der Technischen Kommission; eine solche Unterstützung läge er in erster Linie in einem guten Besammlungsbesuch. Niemand sei zu alt, um noch etwas lernen zu können, Redner fand während des Referats aufmerksame Zuhörer und der Vorsitzende dankte ihm im Namen der Versammlung für seine instruktiven Ausführungen. In die Berechnungskommission wurden drei Kollegen gewählt. Nachdem noch von der Zusammenlegung zweier Duisburger Betriebe Kenntnis genommen, fand die Versammlung nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten ihren Abschluß.

Eberswalde. Nach sechs Jahren tagte unsere Herbstversammlung am 22. September wieder in der alten Hülftinstadt Bernau. Von den dortigen Kollegen am Bahnhof mit Musik empfangen, marschierten wir bei schönstem herbstlichem Sonnenschein durch das märthliche Städtchen zum Volkshaus „Wellewe“, dem Tagungslokal. Die Versammlung hatte, ganz im Gegenjaß zur Frühjahrs-tagung, nur mittelmäthigen Besuch aufzuweisen. Als Gäste waren anwesend Gauerseher Reinte (Stettin) und der Gauerleiter des Hilsarbeiterverbandes, Kollege Stichert (Stettin); Ministerialrat Joachim (Berlin), der für einen Vortrag „Die Bedeutung des Arbeitsrechts in der gesellschaftlichen Entwicklung“ gewonnen war, konnte leider nicht erscheinen. So sprach nach Erledigung des gesellschaftlichen Teils Kollege Reinte über „Auswirkungen der Verbandstagsbeschlüsse auf den Gau“. Redner ging einengangs auf die bevorstehende Neuregung der Arbeitslosenversicherung ein und wies den Verlaß der reaktionären Parteien, in dem wichtigen Zweig der deutschen Sozialgesetzgebung Verbesserungen einzuführen, zurück. Die grobe Arbeitslosigkeit, die in fast allen Bezirken herrscht, ist auch am Buchdruckerstand nicht vorübergegangen. Die Rationalisierung der Wirtschaft werde sich offenbar nur gegen die Arbeiterseher. Unser Vertreter im Reichstag und in den Regierungsstellen müssen alle Versuche einer Verbesserung der Arbeitslosenversicherung selbst unter der Gefahr einer Regierungskrise verhindern. Redner ging sodann auf den Verbandstag näher ein und schilderte u. a. den Verlauf betreffend Aufhebung der Zuschußklassen. Durch den Beschluß wird auch unsere Gauerseherzuschußklasse, die mit ganz geringen Mitteln vorzüglich gearbeitet und manche bittere Not aus Buchdruckerfamilien abgewendet hat, wohl oder übel zur Aufhebung gelangen müssen. Redner verbreitete sich weiter über den Arbeitsmarkt im Gau und richtete an alle Kollegen und Funktionäre den Appell, dem Überstundenwesen mit die ganze Aufmerksamkeit zu widmen. Im übrigen streifte er noch die Bezirksvorsitzerkonferenz und bat die Versammlung, sich auf den Boden der dort gefaßten Beschlüsse zu stellen. In der sehr lebhaften Diskussion gaben fast alle Redner ihren Unwillen kund über den Verbandstagsbeschluß betreffend Aufhebung der Sterbezuschußklassen. Freiwillig habe jeder Kollege dazu beigetragen, einer durch Todesfall betroffenen Buchdruckerfamilie in der bittersten Not zu helfen. In der folgenden Abstimmung nahm man zwar die Beschlüsse der Bezirksvorsitzerkonferenz an (mit großer Stimmeneinheit), konnte aber nicht umhin, dem Verbandstag betreffs des Beschlusses der Aufhebung der Sterbezuschußklassen sowie der Bezirksvorsitzerkonferenz, trotzdem die stärkste Mißbilligung auszusprechen. Eine Entschließung, eventuelle Verbesserungen in der Arbeitslosenversicherung unter allen Umständen zurückzuweisen und energischsten Widerstand der Arbeitervertreter in den Parlamenten und Regierungsstellen erwartend, wurde einstimmig angenommen. Die Remuneration für den Bezirksvorsitzenden wird in Zukunft nicht mehr prozentual nach der Rüdvergütung berechnet, sondern es werden pro Monat feste Sätze gezahlt in der Erwartung, daß der Mitgliederstand im Bezirk stabil bleibt. Damit in Ortsvereinen mit einem größeren Verlingsbestand Kurse usw. für die Verlings abgehalten werden können, soll an diese Orte eine Rüdvergütung gezahlt werden. Der Bezirk besteht im Jahre 1931 25 Jahre. Um die nötigen Mittel bereitzustellen, soll nach Möglichkeit im nächsten Jahre nur eine Bezirksversammlung stattfinden. Die Wahl des Ortes bleibt dem Vorstand überlassen. — Nach Einnahme eines kräftigen Mittagmahles ging es mit Musik zur Besichtigung der im Bau fertiggestellten Bundessehule des DGB. Dortselbst angekommen und freundschaftlich begrüßt vom Sachbearbeiter im DGB, Kollegen Seher, wurde von diesem in etwa anderthalbstündigem Vortrage und unter persönlicher Führung alles erläutert, und wohl selten hat Redner eine andächtiger Zuhörerhaft geholt wie hier an dieser Stelle, die dem ersten Stadium und der Bildung geweiht sein soll. Hoffen wir, daß in der Schule recht viele Gewerkschaftsfunktionäre eine Bereicherung ihres Wissens erfahren, die sich zum Wohle der Gewerkschaftsbewegung und der gesamten Arbeiterseher überhaupt recht fruchtbar auswirken möge. Dem Kollegen Seher sei auch an dieser Stelle nochmals freundschaftlich gedankt. — Im stotzen Markstempel ging es nun zum Tagungslokal zurück, wo man bis zum Abgang der Züge gemühtlich beisammenblieb. Dank auch dem Bernauer Ortsverein, der wesentlich durch Vorarbeit zum guten Gelingen der Tagung beitrug.

Görlitz. (Wertejahrseher.) Nach Erledigung des lokalen Teils erstattete in der Jubiläumssammlung Kollege Kroh ausführlichen Bericht vom Verbandstag. Der „Korr.“ hat ja außerordentlich großzügiger Weise die Verhandlungen geschildert, so daß eigentlich nur persönliche Eindrücke zu erwähnen waren. Trotzdem fand der Redner aufmerksame Zuhörer und dankte ihm die Versammlung am Schluß durch starken Beifall. Der vorgerückten Zeit wegen wurde eine Aussprache, besonders über den Abbau der Zuschußklassen, auf die nächste Versammlung verschoben, denn es war noch eine kleine Feier zu erledigen: das 50jährige Verbandsjubiläum des Kollegen Kubofschauer. Der Vorsitzende beglückwünschte den noch rüstigen Jubilar, ihn der jüngeren Kollegenseher als Beispiel vorstellend. Trotz aller Schwierigkeiten und Widerwärtigkeiten ihm nachzuweisen, sei jedes Verbandsmitgliedes erste Pflicht! — Die Augustversammlung fiel aus. — Die vom 14. Verbandstag beschlossene Aufhebung aller Zuschußleistungen beschäufigte besonders die Septemberversammlung. Bei der gegenwärtig großen Arbeitslosigkeit bezeichneten es mehrere Redner als eine Härte, den keinen Zufuß des Ortsvereins zur Arbeitslosenunterstützung einzustellen. Bei günstigerer gewerkschaftlicher Lage wird über den Abbau zu reden sein. Im großen und ganzen haben wohl die Beschlüsse unseres Parlaments allseitige Befriedigung ausgelöst, und unsern Vertretern ist Anerkennung und Dank auszusprechen. Aber die unverständlichen Zerwürfnisse zwischen dem Ortsverein Breslau und dem bis vor kurzem amtierenden Gauerstand kam es zu einer Aussprache. Folgende Entschließung wurde in dieser An-

gelesen wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung des Ortsvereins Götzig erklärt, daß das Resultat der Wahl der Beisitzer zum Gauvorstand durch den Ortsverein Breslau nicht geeignet ist, die auch bestehenden Gegensätze zwischen Gauvorort und Provinz zu ändern. Die Verammlung spricht dem alten Gauvorstand das Vertrauen und den Dank für die jahrelange im Interesse der Organisation geleistete Arbeit aus und erwartet, daß zu gegebener Zeit durch Änderung der Voraussetzungen eine Wiederholung dieser Vorkommnisse vermieden wird.“ Der Vorsitzende ersuchte noch die Mitglieder, das Winterhalbjahr wieder zu regem Besuch der Versammlungen zu benutzen, um sich über die gewerbliche und organisatorische Lage zu orientieren, und mitzutaten über unsere ureigensten Angelegenheiten.

Mainz. Am 20. September referierte hier vor etwa 60 Zuhörern Kollege Otto Fiedler (Berlin) über das Thema: „Darum entstand die Handfegerpartei.“ Damit wurde der Zweck verfolgt, daß sich auch am hiesigen Ort die Handfegerkollegen ihrer Lage bewußt werden und einen engeren Zusammenfluß in die Wege leiten. Die sich an das Referat anschließende Aussprache war eine recht ausgiebige und bewies, daß man auch hier den Gedanken- und Worttragenden näherzutreten gewillt ist. Der Bezirksvorstand ist fürs erste mit der weiteren Wahrnehmung der Handfegerinteressen beauftragt, um alsdann die Gründung einer eignen Sparte in die Wege zu leiten.

Mainz. (Drucker. — Vertretungsjahr bericht.) In untrer recht mäßig besuchten Zulieferungsverammlung erstattete nach Erledigung einer Neuaufnahme und des geschäftlichen Teiles Vorsitzender Bitter den Bericht vom Druckerlonger. Der ungeteilte Beifall bewies, daß sich die Verammlung in Übereinstimmung mit dem Referenten befand. Unter „Technischem“ besprach Kollege Bitter eingehend die ausgestellten Qualitätsbrude, die ausnahmslos auf Maschinen der Firma König & Bauer hergestellt sind und unter die Verammlungsteilnehmer verlost wurden. Eine Druckgenaustellung legte nicht nur Zeugnis ab von der Qualität und Stabilität der Maschinen, sondern auch von der Leistungsfähigkeit der mit diesen Qualitätsbruden betrauten Druckerkollegen. — Als Aufsatz zu der Wanderversammlung für Darmstadt, Mainz und Wiesbaden am 8. September in Wiesbaden beteiligte sich der Gesamtvorstand am Vorabend an der 26-Jahresfeier des Brudervereins Wiesbaden. Kollege Bitter überreichte in launiger Sprache dem Zuhörer eine schöne Jubiläumsglocke. Wenn auch der Besuch der Wanderversammlung sehr zu wünschen übrig ließ — zweifelloos zurückzuführen auf die sehr magere Tagesordnung —, so gestattete sich trotzdem die Distriktskommission zu festigen, daß sich eine baldigst einzuberufende Vorstandskonferenz mit internen Kreisangelegenheiten zu besetzen haben wird.

Wiesbaden. (Handfeger.) Am 19. September fand die konstituierende Versammlung unserer Vereinigung statt; sie war von 70 Kollegen besucht, somit für den Anfang als gut zu bezeichnen. Bei der Wahl des Vorstandes wurden u. a. die Kollegen Kettler als Vorsitzender und Hilbrand als Kassierer gewählt. Der wöchentliche Beitrag wurde auf 10 Pf. festgelegt. Dafür erhalten die Mitglieder die „Monatlichen Mitteilungen“ kostenlos. Arbeitslose sind beitragsfrei, sie zahlen lediglich 15 Pf. für die Mitteilungen. Unter „Berichtedem“ wurde einem Antrag an den Bezirksvorstand zugestimmt, der neugegründeten Handfegervereinigung einen Fonds von 100 M. zu gewähren. Sodann referierte Kollege Fiedler (Berlin) über das Thema „Warum entstand die Handfegerpartei?“ Redner schilderte die Handfegerbewegung und zeigte die Wege auf, wie die verpöbelte Grünlung der Handfegerpartei wieder gut zu machen ist zum Wohle der Handfeger und des Gesamtverbandes, dessen Stellung durch die Spartenbewegung nicht geschwächt werden soll. „Erst der Verband, dann die Sparte“, das war das Leitmotiv des Referats. Leider mußte die Distriktskommission abgelehnt werden, da der Saal anderweitig belegt worden war. So wurde die Verammlung mit Dankesworten an den Referenten geschlossen.

Allgemeine Rundschau

Nachahmertes Beispiel. Die Firma J. S. Reuß in Berlin erwirbt jetzt einen Beschäftigten zu seiner Kur in einem der Heime der Ortskrankenkasse für das Berliner Buchdruckgewerbe einen Zuschuß von 50 M., wie sie andern bei ihr Beschäftigten schon beihilfen in Krankheitsfällen gewährt hat.

Auf dem Stiftungsfest vom Tode ereilt. Die Feier des 25. Stiftungsfestes des Berliner Korrektorenvereins am Sonnabend, dem 19. Oktober, wurde durch einen schrecklichen Unfall jäh beendet. Der an der Jubiläumstafel sitzende, um die Korrektorensache hochverdiente Kollege Senitzh Wöhlant plötzlich, von einem Herzs Schlag getroffen, tot vom Stuhle. In seiner Sparte herrscht aufrichtige Trauer um den allbeliebtesten Berufsgenossen.

Große Meisterkurse der Stadt Frankfurt a. M. Die von der Stadt Frankfurt a. M. mit Unterstützung des Preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe, des Bezirksverbandes und der Handwerkerkammer Wiesbaden und Frankfurt a. M. veranstalteten Großen Meisterkurse bezwecken die Weiterbildung von Meistern und strebsamen Gesellen. Gleichzeitig bieten diese Kurse auch eine Vorbereitungsmaßnahme für die Meisterprüfung. Große Meisterkurse werden im Winterhalbjahr 1929/1930 durchgeführt, und zwar für Schriftsetzer, Drucker und Buchbinder. Die Kurse liegen in der Tageszeit; sie beginnen am 6. Januar und schließen am 15. Februar. Die Eröffnung der Kurse erfolgt, wenn eine genügende Beteiligung gesichert ist. Die Gesamtkursdauer beträgt rund 300 Stunden. Der Kursbeitrag ist auf 60 M. festgelegt. Gefüge um Aufnahme sind vom 1. November an schriftlich oder persönlich einzureichen. Dem Besuch sind beizulegen: ein Lebenslauf, Nachweis einer ordnungsgemäß durch-

laufenen Lehre, Zeugnisse über die praktische Tätigkeit und über eine nachweisbare theoretische und zeichnerische Weiterbildung. In den Kursen kann nur zugelassen werden, wer in einer Eignungsprüfung den Nachweis erbringt, daß er dem theoretischen und praktischen Unterricht folgen kann. Weitere Auskunft erteilt der Leiter der Kurse, Direktor Th. Walter, Frankfurt a. M., West, Nolte-Allee 23.

Zur Beachtung für Wanderscheinhaber. Wir weisen erst in Nr. 83 darauf hin, daß seit mehr als zwei Jahren der sogenannte Wanderschein besteht, der zum Bezuge der staatlichen Arbeitslosenunterstützung auch auf der Reise berechtigt. Wie aus einer kürzlich erfolgten Bekanntmachung des Landesarbeitsamts Sachsen hervorgeht, wird die Arbeitsvermittlung der Wanderscheinhaber dadurch erschwert, daß manche von ihnen sich nur durch Steuerkarte und Invalidentarte ausweisen können, während ihnen Arbeitspapiere, vor allem des Lehrzeugnis und ein Zeugnis über die abgelegte Gesellenprüfung fehlt. Erfahrungsgemäß stellen die Unternehmer selbst bei Mangel an Arbeitskräften solche Arbeitslose nur ungern ein, die sich über ihre berufliche Ausbildung bzw. Leistungsfähigkeit nicht ausreichend ausweisen können, und der eigentliche Zweck des Wanderscheins — Erlangung einer geeigneten Beschäftigung und berufliche Weiterbildung — wird in solchen Fällen nicht erreicht. Im Hinblick auf diese Wahrnehmung empfiehlt es sich, bei der Ausstellung von Wanderscheinen die Arbeitslosen dringend anzuhalten, ihre Ausweis-papiere, vor allem aber ihre Lehrzeugnisse und Gesellenprüfungszeugnisse, auf der Wanderschaft bei sich zu führen.

Rein amtlicher Personalausweis mehr erforderlich. Wie der Reichskommissar für die besetzten Gebiete mitteilt, hat die Rheinlandkommission zur Erleichterung des Reiseverkehrs die Vorschrift, wonach jeder einen amtlichen Personalausweis bei sich führen mußte, wesentlich gemildert. Von jetzt ab soll allgemein jedes beliebige Schriftstück, zum Nachweis der Persönlichkeit geeignet, genügen, also zum Beispiel bei Kollegen, die ins besetzte Gebiet in Konditionen reisen, das Verbandsbuch, bei reisenden Kollegen dieses und die Reiselegitimation. Ebenso genügt bei Einzelpersonen als auch bei Teilnehmern von Gesellschaftsfahrten eine einfache private Bescheinigung, z. B. durch Mitgliedschaftsausweis eines Vereins und dergleichen. Weiter ist die Anmeldung von Gesellschaftsfahrten bei der Rheinlandkommission, die ihren Sitz nun in Wiesbaden hat, nicht mehr notwendig.

Die Unternehmensepresse über die Arbeiterbank. Die „Sächsischer Industrie“, das Organ des Verbandes sächsischer Industrieller, schrieb gelegentlich über die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG. folgendes: „Die Entwicklung, die die im Jahre 1924 gegründete Arbeiterbank genommen hat, ist eine ganz außerordentliche gewesen und muß gerade diejenigen, gegen die sich die nicht unerhebliche Kapitalmacht der Gewerkschaften richten wird, zu ernstem Nachdenken veranlassen...“ Daß die Arbeiterbank die Konzentrierung ihrer Finanzkraft als Voraussetzung wirtschaftspolitischer Wirkens erkannt hat, beweist die Entwicklung der Gewerkschaftsbank in den letzten drei Jahren... Der Arbeiter, der einen Stundenlohn wöchentlich als Beitrag an seine Gewerkschaft abführt, ist im Begriff, sich mit der Gewerkschaftsbank ein Instrument zu schaffen, mit dem er eine immer stärkere Einwirkung auf die deutsche Wirtschaftspolitik und unter Umständen auch auf die Gestaltung der Wirtschaftsform erlangen wird.“

Schlechte Lage der Angestellten. Nach einer neuerlichen Erhebung über die Einkommensverhältnisse der männlichen Angestellten wird das Gesamtjahresgehalt sämtlicher in Deutschland beschäftigten Kaufmannsgehilfen auf rund 4 Milliarden Mark geschätzt. Das Durchschnittsgehalt im Versicherungsgewerbe und in der Industrie beträgt 278 M., im Baugewerbe 265 M., im Großhandel 245 M. und im Kleinhandel 206 M. Das Durchschnittsgehalt in der Gruppe Drogenfeinhandel beträgt sogar nur 184 M. Insgesamt ergibt sich die Tatsache, daß 43 Proz. der erfahrenen Angestellten weniger als 200 M. und 75,7 Proz. weniger als 300 M. Gehalt im Monat bekommen. Über 400 M. monatlich erhalten nur 7 Proz. Unter den Befragten waren 15 000 in kaufmännisch selbständiger Stellung. Diese Statistik entrollt ein Bild davon, wie schlecht die Einkommensverhältnisse der Angestellten sind. Und trotzdem bilden sich viele von diesen noch ein, etwas Besseres zu sein als der Arbeiter.

Auswechslung von Arbeitskräften. In früheren Zeiten suchte jedes gutgeleitete Unternehmen größere Entlassungen zu vermeiden und selbst bei vorübergehender Geschäftslage sich ein eingearbeitetes Personal zu erhalten. Man arbeitete lieber auf Lager oder ließ Aufnahmungsarbeit verrichten, als gute Arbeitskräfte zu verlieren. Das hat sich inzwischen wesentlich geändert. Heute werden bei jeder kleinen Geschäftslage sofort Arbeitskräfte entlassen, und für die Bewältigung etwaiger neuen Aufträge erfolgen Neueinstellungen nur auf eine bestimmte Zeitdauer. Damit wird die Gelegenheitsarbeit an einem Arbeitsmarktproblem. Das Landesarbeitsamt Rheinland, das den Arbeitsmarkt sehr sorgfältig beobachtet, schreibt hierzu in seinem Bericht vom 11. Oktober folgendes: „Wir haben auf dem Arbeitsmarkt mehr Arbeitssuchende als Beschäftigungsmöglichkeiten, und das Streben nach einem Ausgleich hat zu den beiden Formen einer stärkeren Arbeitsverteilung geführt. Bei Kurzarbeit und Feierlichkeiten fällt man die Beschäftigung, wenn auch mit vermindertem Einkommen, durch, sucht also die Arbeitsverhältnisse möglichst zu stabilisieren. Das andre Verfahren der Arbeitsverteilung durch Auswechslung führt dagegen zu einer Ausforderung des Arbeitsverhältnisses, die aber aus den oben angeführten Gründen zur Verminderung einer chronischen Arbeitslosigkeit in Kauf genommen wird. Diese Verfahren der Arbeitsverteilung und der Arbeitsverteilung durch Auswechslung sind einerseits eine Folge der Überkapazität des Arbeitsmarktes, auf dem das Arbeiterangebot die Nachfrage übersteigt, andererseits eine Folge der Überkapazität zahlreicher Industrien, deren Leistungsfähigkeit die Abhängigkeit

heit erheblich übertrifft. Die nichtbeschäftigten, aber zu verzehrenden Fabrikanlagen und Maschinen und die nichtbeschäftigten Arbeitskräfte bilden einen kostspieligen Leerlauf, dessen Bedeutung für die gegenwärtige Wirtschaftslage und Kalkulation nicht selten unterschätzt wird.“ Durch diese Ausforderung des Arbeitsverhältnisses wird natürlich das Band zwischen Arbeiter und Betrieb immer mehr gelockert. Daß sich ein derartiger Zustand auf jedes Unternehmen nachteilig auswirken muß, steht wohl für jeden Einsichtigen außer Frage.

Über die Arbeitslosigkeit des Winters. Das Institut für Konjunkturforschung in Berlin beschäftigte sich in seinem Wochenbericht mit der voraussichtlichen Gestaltung des Arbeitsmarktes im kommenden Winter, und es kam dabei zu folgendem Schluß: „Wein aus Gründen der Jahreszeit ist in der nächsten Zeit mit einer von Monat zu Monat steigenden Zunahme der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Legt man die Erfahrungen früherer Jahre über diese Entwicklung zugrunde, dann muß im Dezember mit einer Arbeitslosigkeit von mindestens 1,3 Millionen, im Januar und Februar mit einer Arbeitslosigkeit von rund 2 Millionen gerechnet werden. Diese Zahlen gelten unter der Voraussetzung, daß sich die Witterungsverhältnisse im kommenden Winter normal gestalten. Ungewöhnliche Witterungsverhältnisse wie im Winter 1928/29 (starke Kälte) oder im Winter 1924/25 (besonders milder Winter) sind in die Rechnung nicht eingeleitet; sie können nicht vorausgesehen werden und würden eine weit stärkere oder geringere Belastung des Arbeitsmarktes bedeuten. Dabei ist weiter angenommen, daß die konjunkturelle Steigerung der Arbeitslosigkeit nicht mehr zunimmt. Sollte dagegen die konjunkturelle Steigerung der Arbeitslosigkeit wie bisher anhalten, worauf vor allem die Lage des Kapitalmarktes und des Geldmarktes hindeuten, so wäre mit einer Mehrbelastung des Arbeitsmarktes in den Wintermonaten von 50 000 bis 100 000 Arbeitslosen zu rechnen.“

Die Kriegsoffer gegen das Volksbegehren. Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die deutschen Kriegsoffer aufzufordern, sich nicht für das Jugenbergsche Volksbegehren einzuzichnen. Begründet wird diese Stellungnahme wie folgt: Der Reichsbund (nicht zu verwechseln mit dem „Reichsverband der Kriegsbeschädigten“) ist die einzige große Organisation der Kriegsoffer, die sich auf den Boden der Reichsversorgung gestellt hat. Er verlangt von seinen Mitgliedern nachdrückliche Unterstützung in seinem Bestreben, der Republik einen sozialen Inhalt zu geben. Der Reichsbund ist der Auffassung, daß die Versorgung dann um so besser ausgestaltet werden kann, je mehr es möglich ist, die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse zu bessern. Das Volksbegehren, noch mehr aber das von ihm erstrebte Gesetz, sind nur geeignet, die wirtschaftlichen Verhältnisse weiter auf schwächste zu erschüttern. Die logische Folge wäre Zerkörung der nach dem Krieg mühsam geschaffenen Handelsverträge, die eines weiteren Ausbaues bedürfen, die erneute Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von den maßgebenden Teilen des Auslandes und die Wiederbelebung deutscher Provinzen. Im Endergebnis müßte ein erfolgreiches Volksbegehren auch zu einer schweren politischen Erschlüchterung und zu neuer Kriegsgefahr führen. Der Reichsbund ist Gegner des Krieges und der Auffassung, daß für Deutschland eine Höherentwicklung in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung nur erreicht werden kann, wenn auf die Gewalt verzichtet und verjüngt wird, die Rechtsverhältnisse der Nationen auf dem Wege friedlicher Verständigung und der Bekämpfung des Krieges geordnet zu werden. Auf diesem Wege hat Deutschland, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, zu doch mehr Erfolge erzielt, als es auf dem Wege des Volksbegehrens gegen den Youngplan jemals möglich ist. Die deutschen Kriegsoffer haben unter der Zinkation schwer gelitten, mit ihren Renten konnten sie sich damals kein Brot kaufen. Neue Zinkation, neues Geld würde die Folge des vom Volksbegehren erlebten Gesetzes sein, freilich nicht für die Veranlasser. Sie überlassen wie früher den Hunger den Armen. Deshalb zeichne sich kein Kriegsbeschädigter und keine Kriegshinterbliebene in die Listen ein!

Beifall für körperlich Entsetzte. Das Äußere eines Menschen spielt im Kampf ums Dasein keine untergeordnete Rolle. Die von der Natur Benachteiligten haben es oft nicht gerade leicht, sich durchzusetzen. Ihnen will nunmehr das Bezirksamt Wedding in Berlin hilfreichen Beistand leisten. Das Gesundheitsamt dieses großen Berliner Gemeindebezirks hat eine besondere Stelle eingerichtet, um körperlich Entsetzten beizuhelfen. „Diejenigen Minderbemittelten“ — so heißt es in der Ankündigung —, „die an sichtbareren Stellen des Körpers verunstaltet sind und durch diese Schäden in ihrem Erwerbungsberuf erheblich behindert werden, sollen unentgeltlich von einem Facharzt über die bestmögliche Art beraten werden, wie die Entstellung beseitigt werden kann.“ Das Gesundheitsamt will die Betroffenen wieder arbeitsfähig und lebensfähig machen, die Willenshaft hat dafür ihnen genug Wege gewiesen. Einige Fälle wurden bereits erfolgreich behandelt. Bei den im Gesundheitsamt selbst vorgenommenen Operationen werden nur die Selbstkosten berechnet; maßgebend ist die preussische Gebührenordnung.

Der älteste Brief aus Amerika. Aber den Verkauf des ersten Briefes, der von Amerika nach Europa geschickt wurde, wußte die „Kunstaktion“ kürzlich zu berichten. Es handelt sich um ein Schreiben des Diego Columbus, eines Sohnes des Entdeckers, an den Erzbischof von Toledo, das am 12. Januar 1612 abgeschickt wurde und das interessanteste der drei Schriftstücke ist, die von der Hand des Diego Columbus stammen. Dieser, der im Jahre 1620 im Alter von 52 Jahren starb, beschrieb hier die ersten Jahre seiner Tätigkeit in der Neuen Welt und die erste Expedition nach Kuba; vom Erzbischof verlangt er die Entsendung neuer leistungsfähiger Missionare. Für den Brief sind 147 000 M. gezahlt worden; er wird vermutlich nach Amerika zurückkehren.

